
FDP Kronberg im Taunus

FDP: CORONA IST KEINE ENTSCHULDIGUNG FÜR MANGELNDE KOMMUNIKATION!

08.04.2021

Die FDP Kronberg kann es nicht fassen. Obwohl einstimmig in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, wird die Stadt keine, d.h. auch keine digitale Informationsveranstaltung für die von den geplanten Straßensanierungen in Schönberg betroffenen Bürger anbieten - so war es der Presse zu entnehmen.

Holger Grupe zu der Neuigkeit: *„Alle Stadtverordneten waren sich einig, dass die Bürger ein Anrecht auf eine Informationsveranstaltung haben. Das dies technisch und organisatorisch nicht möglich sein soll, ist nicht verständlich und nicht akzeptabel. Webinare und Onlinekonferenzen werden schon seit einiger Zeit, quasi dank Corona, mit weit über 1.000 Teilnehmern durchgeführt. Wir sollten das als Chance begreifen, dass man digital sogar mehr Menschen erreichen kann, als die sonst ca. 100 Personen in der Stadthalle.“*

Die FDP ist davon überzeugt, dass es möglich ist, eine digitale Informationsveranstaltung durchzuführen, hat doch der städtische Digitalisierungsbeauftragte erst kürzlich genau ein solches Format für alle Stadtverordneten organisiert.

FDP-Ortsbeirat Dr. Christian Gans dazu: *„Für die Anwohner ist das vollkommen unverständlich und wird als echter Affront wahrgenommen – insbesondere, wenn man die Kosten für die Anwohner und die damit verbundenen Scherereien bedenkt. Ich weiss, dass es sehr berechtigte, teils fundamentale Fragen der Anwohner zum von der Stadt vorgelegten Konzept gibt, die nur in einem Dialog zu besprechen sind. Der vorgestellte Zeitplan der Stadt sieht aber nicht vor, dass die Bürger direkte Antworten erwarten könnten.“*

Zudem erinnere man sich nur an die Rückzahlungen von zu viel entrichteten Entgelten, welchen Anwohner der Strasse "Am Hang" in Schönberg hinterherlaufen müssen, weil

die Stadt nicht zeitnah und selbständig zurückzahlt.“ Weiter gibt er zu bedenken:
„Die betroffenen Anlieger haben sich äußerst konstruktiv und sachkundig mit dem Konzept von Herrn Siedler auseinandergesetzt und haben dazu Fragen, deren transparente Beantwortung auch im Interesse aller anderen, steuerzahlenden Bürger von Kronberg wäre.“

Der baupolitische Sprecher Walther Kiep ergänzt: *„Wie der Beschluss hier einkassiert werden soll, ist ein Unding. Das Argument der Ungleichbehandlung, welches der erste Stadtrat anführt, zählt im Jahr 2021 in keinster Weise mehr. Im Gegenteil - die Partizipation ist online einfacher als physisch. Des Weiteren zeigt der Vorwurf, man hätte den Antrag mit der Verwaltung vorher besprechen sollen, ein eigenartiges Verständnis über die Rolle des Parlaments.“*

Die FDP ist der festen Überzeugung, dass es Möglichkeiten der digitalen Kommunikation gibt, wenn man nur wolle. Wo ein Wille, da auch ein Weg!